

Plädoyer

Angeklagte(r)

Geschädigte(r):

Vorwurf

1. Schilderung des Sachverhalts

Die Staatsanwaltschaft hält nach der durchgeführten Beweisaufnahme folgenden Sachverhalt für erwiesen:...

Die heutige Beweisaufnahme hat den Sachverhalt, so wie er bereits in der Anklageschrift niedergelegt ist, in vollem Umfang / im wesentlichen bestätigt.

Tatzeit:

Tatort:

<u>Tatbestand</u>	<u>tatsächlich</u>	<u>gesetzl. Merkmale</u>

2. Beweiswürdigung

Dieser Sachverhalt steht für die Staatsanwaltschaft fest aufgrund der durchgeführten Beweisaufnahme / des Geständnisses des Angeklagten.

Zeuge(n): -

-

-

-

-

Sachverständige:

Urkunden:

Augenschein (Photos):

Asservat:

3. rechtliche Würdigung

Aufgrund des festgestellten Sachverhalts hat sich der Angeklagte eines(r) gemäß §§ StGB schuldig gemacht.

4. Strafzumessung und Antrag auf Verurteilung

Strafrahmen:

Bei der Strafzumessung ist zugunsten / zulasten des Angeklagten zu berücksichtigen, daß..

(Milderungen)

(Schärfungsgründe)

Strafe:

Tagessatzhöhe:

Gesamtstrafe:

Nettoeinkommen:

Nebenfolgen:

Ehefrau 1/5:

je Kind 1/10:

Unter Abwägung aller für und gegen den Angeklagten sprechenden Gesichtspunkte ist die Staatsanwaltschaft der Auffassung, daß eine Geld- /Freiheitsstrafe von angemessen ist.

[entweder:]*Durch sein Verhalten hat der Angeklagte gezeigt, daß er sich sehr nachlässig und leichtsinnig verhalten hat; zur Warnung und Besinnung muß deshalb ein Fahrverbot gemäß § 44 StGB gegen ihn verhängt werden. Ich beantrage, dem Angeklagten für die Dauer von (1-3) Monaten zu verbieten, Kraftfahrzeuge jeder Art im Straßenverkehr zu führen.*

[oder:]*Durch die/den [Name der Tat] hat sich der Angeklagte als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen erwiesen; es liegt nämlich ein Regelfall nach § 69 II Nr. 2 StGB vor. Anhaltspunkte dafür, daß die Tat des Angeklagten Ausnahmecharakter hatte sind nicht ersichtlich. Es muß deshalb die Fahrerlaubnis des Angeklagten entzogen und sein Führerschein eingezogen werden. Da der Fahrerlaubnis schon seit [X] Monaten vorläufig entzogen worden ist, [eine Sicherstellung des Führerscheins war wegen des (angeblichen) Verlust nicht möglich,] muß die Sperrfrist weitere [Y] Monate betragen. Zusammenfassend beantrage ich also, dem Angeklagten die Fahrerlaubnis zu entziehen, seinen Führerschein, [sofern dieser sich wieder auffindet,] einzuziehen und anzuordnen, daß vor Ablauf von [Y] Monaten die Verwaltungsbehörde ihm keine neue Fahrerlaubnis erteilen darf.*

5. Kosten

Abschließend beantrage ich, dem Angeklagten als Verurteilten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.